

# GGG

# Journal

Gemeinnützige Gesellschaft Gesamtschule

Verband für Schulen des gemeinsamen Lernens e.V.



Heft 3/2013

## INHALT

### Bildungs-Politik

News from Down Under 4

### GGG aktuell

Gemeinsames Ziel: Eine Schule für alle 5

### Serie

Organisationskizze Laborschule Bielefeld 6

### Thema

Uneinheitlicher Süden 11

### Aus den Ländern

13

### Elternglosse

19

### GGG-intern

Jubiläen 12

Termine 19

### Kommentar

20

### GGG Extra

I-VIII



## EIN WORT ZUVOR ...

Liebe Freundinnen und Freunde der GGG,

„alles so schön bunt hier“, könnte ich mit Blick auf die Sommerwiese vor dem Fenster und Nina Hagen-Klängen im Ohr singen, und „alles so schön bunt hier“ wird vielleicht manch einer von Ihnen, liebe Leserinnen und Leser, sagen, wenn er diese Ausgabe des GGG-Journals in den Händen hält. Nach knapp fünf Jahren haben wir unserer Verbandszeitschrift eine Auffrischung gegönnt. Unser Dank gilt Christa Gramm, der „GGG-Chefdesignerin“, und Waso Koulis von der Darmstädter Druckwerkstatt, die als „Layouterin“ ihre Vorgaben umsetzt. Wir sind auf Ihre Reaktionen gespannt.

Im Zentrum dieser Ausgabe steht der 33. GGG-Bundeskongress in Bielefeld: 4 Seiten Journal-extra und das Kongressplakat in der Mitte des Heftes. Logisch, dass die Serie *Organisationsskizzen* sich mit einer der beiden Kongress(verbund)schulen befasst, der Laborschule Bielefeld. Das Oberstufenkolleg folgt in Ausgabe 4/2013.

Lothar Sack und Hannelore Lehmann waren unterwegs in *Down Under*, und – es gibt im Leben keine Zufälle – ihnen ist dort eine Zeitung in die Hände gefallen, mit einem Beitrag über das australische Schulwesen, der so interessant ist, dass Christa Lohmann und Lothar Sack ihn fürs GGG-Journal aufbereitet haben.

Die *Länderberichte* eröffnen mit einem Beitrag von Günther Clemens über die bildungspolitische Lage im Süden unserer Bildungsrepublik.

Natürlich gibt es auch eine neue Episode der Eltern-Glosse *Klopstock und Hölderlin* und im *Kommentar* quält sich Emil C. Keller durch die Prognosen zu den anstehenden Bundes- und Landtagswahlen. Vielleicht gibt es ja nach einem meteorologisch heißen Sommer doch noch einen heißen Wahlherbst mit einschneidenden politischen Veränderungen.

Nichts geändert hat sich daran, dass auch diese Journalausgabe wieder auf unserer Webseite [www.ggg-bund.de](http://www.ggg-bund.de) zum Download bereit steht.

Bleibt mir nur noch, Ihnen – verspätet – eine anregende Lektüre zu wünschen, weil Sie, diesmal erst am 15., nicht wie gewohnt am 1. September, diese Ausgabe des GGG-Journals erhalten haben. Die späten Sommerferien im Kongressbundesland NRW haben uns bewogen, den Redaktionsschluss zu verlegen, damit wir Ihnen das Programm des GGG-Bundeskongresses möglichst vollständig präsentieren können. GGG-aktuell haben wir so auch den Kurzbericht zum „Spitzentreffen“ von GGG und Grundschulverband beim neu gewählten GEW-Hauptvorstand in Frankfurt einfügen können.

„Und sehen wir uns nicht in dieser Welt, dann sehen wir uns in Bielefeld“, tönt gerade Udo Lindenberg aus meinen Lautsprecherboxen. Dem ist nichts hinzuzufügen.

Ihr  
  
 Michael Hüttenberger



## News from Down Under

PETER GARRETT

(*elh*) Mehr oder weniger zufällig fiel Lothar Sack und Hannelore Lehmann die Zeitung *The Australian* vom 29. Mai 2013 in die Hände. Sie enthält auf ca. 6 (von 32) Seiten Beiträge zu Bildungsfragen: Berichte über Parlamentsdebatten, Stellungnahmen des Schulministers, Leserbriefe, ... Diese Diskussion kann für uns unter mehreren Gesichtspunkten interessant sein:

Es war ebenfalls Bundes-Wahlkampf in Australien, am 07.09.2012 wurde gewählt. Die (partielle) Zuständigkeit des Bundes für die schulische Bildung macht Schulpolitik zu einem wichtigen Thema, das offensichtlich die Leute umtreibt. Das Thema ist dort keine Provinzposse.

Australien hat durchaus ähnliche Probleme wie Deutschland, nämlich die übergroße Abhängigkeit des Bildungserfolges von der Herkunft der Schüler/innen.

Interessant ist nun, wie die Labour-Regierung hierauf reagiert: Sie legt für die nächsten sechs Jahre ein zusätzliches Finanzierungsprogramm auf im Umfang von ca. 10 Mrd. Australische Dollar. Um an das Geld zu kommen, müssen die Bundesstaaten die Hälfte dazu geben und sind an die Durchführung inhaltlicher Reformen gebunden. Überträgt man dieses 15 Mrd.-Dollar-Programm auf deutsche Verhältnisse (vierfache Einwohnerzahl, Beträge in €), so wären dies 28,4 Mrd. € Bundesanteil und 14,2 Mrd. € Länderanteil, insgesamt 42,6 Mrd. € mehr Geld für Schulen für die nächsten sechs Jahre. Damit könnte man schon etwas anfangen

Wir vom Redaktionsbeirat fanden einen Artikel von Peter Garrett, dem Schulminister Australiens, lesenswert fürs GGG-Journal, denn er wirft ein Schlaglicht auf die bildungspolitische Debatte in Down Under. Christa Lohmann und Lothar Sack haben ihn übersetzt:

## Wer Schulen beurteilt, muss intensiver hinschauen

Es geht nicht allein um mehr Geld, sondern darum, Probleme im System ernsthaft anzugehen.

In den beiden letzten Wochen gab es aufgeregte Berichte in den Medien über die Regierungspläne für ein neues und gerechteres Finanzierungssystem. Fast alle waren nur auf Dollars fokussiert.

Die wichtigsten Daten, die Aufschluss darüber geben, was in unseren Klassenzimmern geschieht, wurden jedoch ignoriert. Sie zeigen, dass im 9. Jahrgang Schüler/innen mit niedrigerem sozialem Hintergrund bis zu drei Jahre hinter denen zurück sind, die besser dran sind.

Internationale Tests vom letzten Jahr haben gezeigt, dass unsere Schüler/innen im 4. Schuljahr am schlechtesten von allen englischsprachigen Ländern bei der Lesefähigkeit abgeschnitten, ein Viertel von ihnen nicht einmal den internationalen Mindeststandard erreicht haben.

Im Durchschnitt sind die indigenen Schüler/innen beim Lesen und Rechnen zwei bis drei Jahre hinter den anderen zurück.

Die Regierung ist fest entschlossen, diese Situation zu ändern durch einen umfassenden Nationalplan zur Schulentwicklung („National Plan for School Improvement“). Im Kern enthält unser Plan drei Vorschläge:

1. Wir müssen ein Schulfinanzierungssystem in Ordnung bringen, das zu viele zurücklässt, wie der unabhängige Gonski-Bericht herausgefunden hat. Erstmals werden alle australischen Schulen auf gleiche Art finanziert, nämlich mit ei-

nem festen Betrag pro Schüler/in und mit Zusatzmitteln, um Benachteiligungen angehen zu können. Genau das wurde vom Gonski-Bericht als Standard für die schulische Mittelzuweisung („Schooling Resource Standard“) empfohlen und von vielen Erziehungsexperten gut geheißen.

2. Wir müssen sicherstellen, dass jede Schule das Geld hat, die sie für gute Arbeit benötigt. Wenn es nötig ist, dass eine Schule einen Speziallehrer, einen Nachhilfelehrer für Lese- und Schreibtraining einstellen oder Einrichtungen für Behinderte beschaffen muss, so wird das Geld dafür jedes Jahr vorhanden sein.

Wir haben den Bundesstaaten und Territorien \$ 9,4 Mrd. für die nächsten sechs Jahre angeboten bei einer „2:1“-Finanzierung, die bei voller Umsetzung für zusätzliche \$ 14,5 Mrd. Investitionen in die schulische Erziehung in dieser Zeit sorgt.

Wir haben uns verpflichtet, das Schulbudget jährlich um 4,7% zu erhöhen, und die Bundesstaaten und Territorien aufgefordert, im Gegenzug sich ihrerseits zu 3% Wachstum zu verpflichten.

So wird genug Geld vorhanden sein, dass jede Schule die derzeitige Finanzierung plus einen garantierten Zuschlag von 3% als absolutes Minimum erhält. Die große Mehrheit der Schulen, die gegenwärtig unter dem „Schooling Resource Standard“ liegen, werden also mehr bekommen.

3. – Und das ist der wichtigste Punkt – stellt unser Plan sicher, dass diese Investitionen in die Schulen mit weitreichenden schulischen Reformmaßnahmen gekoppelt sind.

Das erweist die kürzlich im „Australian“ herausgestellte Argumentation als falsch: Unser Plan sei, einem Problem lediglich Geld hinterher zu werfen, ohne wirkliche Ideen für seine Lösung zu haben.

Unser Plan ist umfassend und basiert auf Beweismaterial. Jeder schulische Sektor, der unserem finanziellen Ansatz zustimmt, wird diese Reformen durchführen müssen.

Wir werden höhere Eingangsstandards für den Lehrberuf einführen. Jeder, der Lehrer werden möchte, wird sich einem neuen Beurteilungsverfahren unterziehen müssen, damit sichergestellt ist, dass er über die für den Beruf nötigen Fertigkeiten und persönlichen Eigenschaften verfügt, z. B. durch Interviewverfahren. Bereits in der Universität werden die Lehramtsstudent/innen mehr praktische Erfahrungen im Klassenzimmer sammeln als jemals zuvor. Sie werden eine Feststellungsprüfung ihrer Lese-, Schreib- und Rechenfertigkeiten abzulegen haben und müssen dabei unter die Top 30 % der Bevölkerung fallen, ehe sie graduieren können. Und in ihren ersten beiden Berufsjahren bekommen sie einen erfahrenen Lehrer als Mentor. Jeder Lehrer bekommt jährlich eine Beurteilung sowie fortgesetztes Training und Weiterbildung während der gesamten Berufszeit.

Diese Maßnahmen werden für qualifizierte Kandidaten das Lehramt attraktiv machen und gewährleisten, dass sie die erforderliche professionelle Unterstützung erhalten.

Und es gibt noch viel mehr: mehr Autonomie für die örtlichen Schulleiter/innen; mehr Informationen über „My School“ (Informationssystem über jede australische Schule, [www.myschool.edu.au](http://www.myschool.edu.au)); jährliche wissenschaftliche Untersuchungen im Rahmen der „NAPLAN tests“ (National Assessment Program – Literacy and Numeracy, [www.nap.edu.au](http://www.nap.edu.au)); spontane Lesetests in den frühen Schuljahren, die für gezielte Interventionen in den entscheidenden ersten Schuljahren sorgen; einen jährlichen Schul-

## Der Gonski-Report

Der *Gonski-Report* geht zurück auf einen Auftrag der zwischenzeitigen australischen Ministerpräsidentin Julia Gillard. Als damalige Bildungsministerin setzte sie im April 2010 den bekannten „Geschäftsmann und Philantropen“ (Wikipedia) David Gonski als Leiter eines Komitees ein. Dessen Aufgabe war es, Verbesserungsvorschläge für die Bildungsfinanzierung in Australien zu erarbeiten. Im November 2011 wurde als Ergebnis der *Gonski-Report* vorgelegt. Nach Diskussionen im Bund und den Bundesstaaten schlug die Gillard-Regierung im April 2013 einen Finanzierungsplan über 9,4 Mrd. Au\$ vor. Am 26.06.2013 stimmte der Senat (Oberhaus) dem entsprechenden Gesetz zu. Bisher kam es nicht mit allen Bundesstaaten zu einer Einigung.

Die Vorschläge des Reports sollen dazu beitragen, die gefundenen Defizite zu beheben: Der Abstand zwischen den leistungsschwächsten und den -stärksten Schüler/innen ist signifikant und zu groß. Ein zu großer Teil der leistungsschwächsten Schüler/innen bleibt unter den Minimalstandards. Es gibt einen unakzeptablen Zusammenhang zwischen niedrigem Leistungsstand und Bildungsbenachteiligung, insbesondere bei Schüler/innen mit niedrigem sozialen oder indigenem Hintergrund.

bericht („State of our Schools“); neue Leistungsstudien („Performance Entity“), um die besten Lehrstrategien zu erkunden und diese in allen Bildungsbereichen zu nutzen; einen Entwicklungsplan für jede Schule mit der Einbeziehung von Eltern und Gemeinde ins tägliche Schulleben als Kernstück.

Wir erwarten, dass alle Schulbereiche diese Reformen als Gegenleistung für zusätzliche Bundesmittel umsetzen.

Klar, mehr Geld ist nicht allein die Lösung, aber zusätzliche Mittel sind Teil der Antwort. Diese Reformen werden Geld kosten. Speziallehrer/innen, Unterstützungs- und Entlastungs-Personal müssen bezahlt werden. Lehrmittel sowie die Ausstattung für Informations- und Kommunikationstechnologie sind zu beschaffen. Professionelle Kurse für die Weiterentwicklung müssen bezahlt werden. Nicht jede Schule kann sich das gegenwärtig leisten; genau diesen Missstand will unser Plan beseitigen.

Dieses sind die Reformen, die Tony Abbotts Koalition (Vorsitzender der Fraktion der Liberal Party) abgelehnt hat. Dieses sind die Fakten, die zu ignorieren sich einige Jour-

nalisten und Kommentatoren entschlossen haben, weil es viel interessanter ist, über einen erdichteten politischen Konflikt zu berichten.

Meine Botschaft an alle, die sich um unser Erziehungssystem Sorgen machen: Prüft die Fakten auf unserer Website nach:

[www.betterschools.gov.au](http://www.betterschools.gov.au).

Dann entscheidet, wer das bessere Programm für die Schulen unserer Nation hat. ♦



## Gemeinsames Ziel: Eine Schule für alle

GEW, GGG und Grundschulverband festigen ihre Zusammenarbeit

(elb) Auf Einladung der GEW-Vorsitzenden Marlis Tepe trafen sich am 20. August in Frankfurt die Bundesvorstände von GEW, GSV und GGG zu einem „Spitzengespräch“. Neben Marlis Tepe waren seitens der GEW Dr. Ilka Hoffmann (GEW-Vorstand Schule) und Martina Schmerr (GEW-Referentin Schule), vom Grundschulverband Maresi Lassek (Vorsitzende) und Sylvia Reinisch (Geschäftsführerin) und von der GGG Lothar Sack (Bundesvorsitzender) und Dr. Michael Hüttenberger (Bundesgeschäftsführer) vertreten.

Das Treffen diente zunächst dem persönlichen Kennenlernen, waren doch Marlis Tepe und Ilka Hoffmann (als Nachfolgerin von Marianne Demmer) im Juni 2013 neu in ihre Ämter gewählt worden. Verblüffende Parallelitäten in den beruflichen Werdegängen, insbesondere Erfahrungen in „Langzeitschulformen“, sowie die lange Tradition der Zusammenarbeit aller drei Verbände u. a. als Gründungsmitglieder der *Initiative Länger gemeinsam Lernen* (ILGL) führten schnell zu einer vertrauensvollen Gesprächsatmosphäre und zu konkreten

Vereinbarungen. So soll die Zusammenarbeit in der ILGL in bewährter Weise fortgesetzt werden. Eine gemeinsame Veranstaltung im Rahmen der Didacta 2015 ist geplant, die Tradition der Himmelfahrtstagen wird 2014 fortgesetzt, gemeinsam Aktivitäten zu Inklusion sind abgesprochen. Auch die kritisch-konstruktive Begleitung von Vera 3 und Vera 8 bleibt gemeinsames Handlungsfeld.

Der Grundschulverband, die GGG und die GEW sind durch gemeinsame bildungspolitische Ziele und gemeinsames Handeln seit langem verbunden. Das Treffen in Frankfurt, darin sind sich alle Beteiligten einig, hat dazu beigetragen, dass dies auch in Zukunft so bleiben wird. ♦



Von links: Lothar Sack, Ilka Hoffmann, Marlis Tepe, Michael Hüttenberger, Maresi Lassek, Martina Schmerr, Sylvia Reinisch

## SERIE

ULI HARTMANN UND LOTHAR SACK

## Organisationskizze Laborschule Bielefeld



Der Eingangsbereich der Laborschule Bielefeld

Der GGG-Bundeskongress 2013 findet in der Laborschule und dem Oberstufenkolleg statt. Dies war der Anlass, die Laborschule als Organisationskizze zu beschreiben. Eigentlich muss das Oberstufenkolleg immer mitgedacht werden, wenn von der Laborschule die Rede ist. Um das Format der Organisationskizze nicht zu sprengen, beschränken wir uns jetzt auf die Laborschule. Das Oberstufenkolleg ist für die Journal-Ausgabe 4/2013 vorgesehen.

### Beschreibung der Schule

**Adresse:** Laborschule, Universitätsstraße 21, 33615 Bielefeld  
Telefon 0521-1066990, Web: [www.uni-bielefeld.de/LS](http://www.uni-bielefeld.de/LS), E-Mail: [info@laborschule.de](mailto:info@laborschule.de)

**Schulleiterin:** N. N. – Sabine Geist (Stellv. Schulleiterin)

**Ansprechpartner:** Uli Hartmann (Abteilungsleiter Sek I)

**Art:** Versuchsschule des Landes Nordrhein-Westfalen (Gesamtschule mit Vorklasse und Primarstufe, Jg. 0–10)

**Lage, Gelände, Gebäude:** Für die Laborschule und das Oberstufenkolleg wurde ein gemeinsamer Gebäudekomplex in unmittelbarer Nachbarschaft zur Universität Bielefeld geplant und gebaut. Auf dem Gelände befinden sich alle für den ganztägigen Schulbetrieb benötigten Einrichtungen. Jeder Altersstufe ist ein Freigelände (u. a. Bauspielplatz) zugeordnet. Die Schüler/innen des Oberstufenkollegs essen in der Mensa der Universität. 2002 kam ein Er-

weiterungsbau hinzu, der die (Alters-)Stufe IV (Jg. 8–10) und Fachräume beherbergt. Die Gebäude weisen nur für Fachräume abgeschlossene Unterrichtsräume auf; für den „allgemeinen“ Unterricht gibt es Großräume, die in „Team-Flächen“ unterteilt sind. Diese werden durch die Möblierung (Sitzgruppen, Arbeitstische, Schrank- und Stellwände) weiter untergliedert.

**Größe, Aufbau:** Schüler/innen ca. 690 (ca. 64 je Jahrgang), gegliedert in vier Altersstufen; Lehrer/innen ca. 80 (z. T. in Teilzeit), weiterhin Sozialarbeiter/Sozialpädagogen und Kräfte für die Ganztagsbetreuung, außerdem Sekretärinnen, Hausmeister. Die Mitarbeiterliste der Schule umfasst ca. 115 Personen.

**Geschichte:** Laborschule und Oberstufenkolleg wurden als Universitäts-Einrichtungen bei der Universitätsgründung errichtet. Der Ideengeber Hartmut von Hentig wurde 1968 berufen. Die Planungsgruppe Oberstufenkolleg und Laborschule (POL) arbeitete seit 1970. Im Herbst 1974 nahm die Laborschule mit drei Jahrgängen ihre Arbeit auf. Nach der Emeritierung H. v. Hentigs löste das Kultusministerium das bisher für die Schule zuständige Wissenschaftsministerium ab: Die Schule wurde der Schulaufsicht des Regierungsbezirks unterstellt. Die Zusammenarbeit mit der Universität Bielefeld musste neu geregelt werden: In der Fakultät für Erziehungswissenschaft gibt es nun die *Wissenschaftliche Einrichtung Laborschule* als Institut. Eine analoge Konstruktion gibt es für das Oberstufenkolleg. Die Schule hat zahlreiche Preise für diverse Aktivitäten erhalten.

**Schülerschaft:** Die Schule steht allen Bielefelder Kindern offen. Auf die jeweils 60 Aufnahmeplätze gibt es ca. 180 Anmeldungen. Die Aufnahmekriterien der Schule sehen eine bevölkerungsrepräsentative Schülerschaft vor. Die aufgenommenen Kinder stammen mehrheitlich aus dem Wohnumfeld der Schule, 10 % haben sonderpädagogischen Förderbedarf.

## Leitideen

### „Schule als Lebens- und Erfahrungsraum:

Die Laborschule möchte ein Ort sein, wo Kinder und Jugendliche gern leben und lernen. ... Der Unterricht folgt dem Prinzip, Lernen an und aus der Erfahrung (und nicht primär aus Belehrung) zu ermöglichen. ...

**Mit Unterschieden leben:** Die Schule will die Unterschiede zwischen den Kindern bewusst bejahen und als Bereicherung verstehen. ... LaborschülerInnen leben und lernen gemeinsam in leistungs-, teilweise auch altersheterogenen Gruppen. ...

**Schule als Gesellschaft im Kleinen:** Die Schule versteht sich zugleich als Gemeinschaft aller in ihr tätigen Personen, die einander in ihrer Unterschiedlichkeit akzeptieren und achten. ...

**Stufung:** Die Schule ist eine Brücke zwischen dem Leben des kleinen Kindes in der Familie und dem Leben des Erwachsenen in einer sehr komplexen Gesellschaft. ...

**Das Reisecurriculum:** Die Gruppenfahrten der LaborschülerInnen sind wichtiger Bestandteil der pädagogischen Arbeit. ...

**Praktika:** Bereits früh fangen die SchülerInnen an, Erfahrungen in der Berufswelt zu sammeln. ...“

(Auszug aus *Pädagogische Leitlinien*)

## Bausteine

**Alle Abschlüsse:** Die Schule vergibt alle Abschlüsse der Sekundarstufe I vom Hauptschulabschluss bis zur Qualifikation für die gymnasiale Oberstufe.

**Kleinere, möglichst selbstständige Einheiten; Team-Struktur:** Die Schule gliedert sich in vier Stufen: Stufe I (Jg. 0–2); Stufe II (Jg. 3–5), Stufe III (Jg. (5), (6,7), Stufe IV (Jg. 8 bis 10). Die Stufen sind in Teams von i.d.R. drei Stammgruppen untergliedert. In Stufe I umfasst eine Stammgruppe 16 Kinder, ab Stufe II je 21 Kinder. Jedes Team „bewohnt“ im Großraum eine Teilfläche. Jedem Team ist ein Lehrerteam zugeordnet.

Die Pädagog/innen haben ihre Arbeitsplätze ebenfalls im Großraum in räumlicher Nähe zu den Teamflächen.

**Lehrerteam, teamkonzentrierter Lehrein-satz:** Jeder Stammgruppe ist je ein/e Lehrer/in als Stammgruppenleiter/in zugeordnet, in Stufe I zusätzlich je ein/e Erzieher/in. Drei Gruppen mit den zugeordneten Pädagog/innen bilden ein Team, in dem möglichst verschiedene Fachkompetenzen vertreten sind. Der Unterrichtseinsatz der Pädagog/innen erfolgt stammgruppen-, team- und stufenkonzentriert. Neben inhaltlichen und organisatorischen Fragen des laufenden Betriebes sind die Pädagogen-teams zuständig für die Erstellung der Jahrespläne für ihre Stammgruppen. Neben der an den Schüler/innen orientierten Teamstruktur arbeiten nicht nur stufenbezogen professions- und fachorientierte Teams u. a. in folgenden Bereichen: Fächer, Erfahrungsbereiche, Sonderpädagogik, Sozialpädagogik, Schulberatung, Schulleitung.

**Altersmischung:** Das Lernen der Schüler/innen findet in Stufe I in altersgemischten Stammgruppen statt, ebenso in Stufe II; der Wahlbereich im Jg. 5 ist gemeinsam mit der Stufe III organisiert. In Stufe III und IV findet der Wahlunterricht – bis auf die Fremdsprachen – jahrgangsgemischt statt, der übrige Unterricht in Jahrgangsgruppen.

**Gemeinsamer Unterricht (Integration/Inklusion):** Die Schule nimmt seit ihrer Gründung Kinder mit besonderen Schwierigkeiten in alle Stammgruppen auf. Zur Sicherung der personellen Ressourcen erstellt die Schule anonyme Kinderportraits, in denen die Schwierigkeiten der Schüler/innen analysiert werden. Seit 1995/96 ist dieses Konzept Schulversuch. Ca. 10% der Kinder werden sonderpädagogisch begleitet, für 8% werden Kinderportraits geschrieben nach einer Beobachtungsphase der ersten beiden Jahre. Sechs Sonderpädagog/innen (vier Stellen) arbeiten in allen Stufen, z. Z. mit Schwerpunkt in Stufe I. Sie gestalten eigene Arbeitsbereiche, so z. B. das *UFO*, (vgl. S. 9), den Schülerladen, verschiedene Wahlgrund- und Wahlkurse.

**Differenzierung:** Die Lerngruppen sind leistungsheterogen zusammengesetzt. Eine äußere Leistungsdifferenzierung findet nicht statt.

**Lernen in Zusammenhängen:** Die Stufen I und II arbeiten im Wesentlichen ohne fachliche Ausgliederung. In Stufe I ist eine tägliche Lernzeit für Basisqualifikationen in den Kulturtechniken vorgesehen. In Stufe II werden Englisch und Technik gesondert ausgewiesen. Ab der Stufe III wird in *Erfahrungsbereichen* (EB) gelernt, die sich in Stufe IV zunehmend in Fächer ausdifferenzieren. Fünf EB werden unterschieden: der Umgang von Menschen mit Menschen: Soziale Studien – *Sowi*; der Umgang mit Sachen – beobachtend, messend, experimentierend: Naturwissenschaft – *Nawi*; der Umgang mit Sachen – erfindend, gestaltend, spielend: Wahrnehmen und Gestalten – *WuG*; der Umgang mit dem eigenen Körper: Körpererziehung, Sport und Spiel; der Umgang mit Gesprochenem, Geschriebenem, Gedachtem: Sprache und Mathematik.

**Schulinterne Curricula:** Die Schule hat für alle Teilbereiche schulinterne Curricula erstellt, u. a. Berufs- und Lebensplanung und das Reisecurriculum.

**Beurteilung - Keine Noten bis Jahrgang 8; kein Sitzenbleiben:** Bis zum Ende des Jg. 8 werden keine Noten erteilt. Die Schüler/innen erhalten individuelle Berichte, in Stufe I und II am Ende jedes Schuljahres, danach zweimal pro Jahr. Die Berichte werden ergänzt durch Gespräche der Pädagogen, Eltern und (verpflichtend ab Jg. 5) des/der Schüler/in. Hier werden die Ziele, die der Unterricht hatte, was und wie der/die Schüler/in gelernt hat, etwa unter Hinzuziehung des Portfolios, erläutert und Vereinbarungen für die Zukunft getroffen. Am Ende des Jg. 8 erhalten die Schüler/innen eine erste Prognose ihres möglichen Abschlusses, am Ende des Jg. 9 zusätzlich ein erstes Notenzugnis. Das Abschlusszeugnis wird ergänzt durch einen zusammenfassenden Bericht sowie ein Verzeichnis der Praktika und Jahresarbeiten.

**Portfolio:** Über die Portfolioarbeit der Laborschule und das darauf bezogene Forschungsprojekt informiert ausführlich die Website [www.portfolio-laborschule.de](http://www.portfolio-laborschule.de).

**Tages-, Wochenstruktur, Ganztags:** Die Schule ist Ganztagschule. Sie öffnet um 7.30 Uhr. Der Tag ist für alle Stufen gleichartig gegliedert in drei Blöcke, je zweimal 60 min: 8.30–10.30 Uhr, 11.00–13.00 Uhr, 14.00–16.00 Uhr. Dazwischen liegen eine halbstündige Frühstücks- und eine einstündige Mittagspause. Eine Schulglocke gibt es nicht. Am Dienstagnachmittag sind Konferenzen vorgesehen. In der Stufe I dauert der Unterrichtstag montags, mittwochs und donnerstags bis 15.30 Uhr, dienstags (auch für Stufe II) und freitags gibt es ein Betreuungsangebot; im Anschluss (bis 16.30 Uhr) gibt es eine „Randbetreuung“, über Elternbeiträge finanziert. Für die älteren Schüler/innen dauert der Unterricht an zwei bis vier Nachmittagen bis 15 oder 16 Uhr.

Der Tagesablauf der Stufe I folgt noch nicht einem festgelegten Stundenplan, beginnt aber jeden Morgen mit der Morgenrunde, in der berichtet wird und der Tagesablauf besprochen wird. Das Unterrichtsangebot ab Stufe III umfasst den in *Erfahrungsbereiche* gegliederten Pflichtunterricht und den umfangreicher werdenden Wahlbereich. Die Unterrichtswoche beginnt für alle Lerngruppen mit der *Betreuungsstunde*, die die tägliche Morgenstunde der Primarstufe fortsetzt.

**Ferienbetreuung:** An unterrichtsfreien Tagen und in den Ferien bietet die Schule eine Betreuung an. Dies ist einer der Arbeitsgebiete der sozialpädagogischen Mitarbeiter/innen im Berufsanererkennungsjahr. Für die Ferienbetreuung wird ein Unkostenbeitrag erhoben.

**Mittagspause/Mittagessen:** Die Mensa wird vom Studentenwerk der Uni Bielefeld bewirtschaftet. Für Stufe I ist das gemeinsame Essen verpflichtend, in Stufe II nehmen fast alle Kinder am Essen teil.

**Fremdsprachen:** Englisch findet statt von Anfang an, zunächst spielerisch, ab Stufe II als ausgewiesener Fachunterricht. Ab Jg. 5 kann eine zweite Fremdsprache (Französisch



**Der Großraum der Laborschule**

**Für den „allgemeinen“ Unterricht gibt es Großräume, die in „Team-Flächen“ unterteilt sind. Diese werden durch die Möblierung (Sitzgruppen, Arbeitstische, Schrank- und Stellwände) weiter untergliedert.**

oder Latein) gewählt werden, Spanisch wird im Wahlbereich als einjähriger „Schnupperkurs“ angeboten. Die Sprachenwahl ist nicht an bestimmte Leistungen gebunden.

**Wahlpflichtbereich – Wahlgrundkurse, Wahlkurse, Leistungskurse:** Der Wahlunterricht, beginnend mit Jg. 5, ist – außer der 2. Fremdsprache – für die jeweilige Stufe jahrgangsübergreifend. In Stufe III (Jg. 5–7) wählen die Schüler/innen in zwei *Wahlgrundkurs*-Bändern (WGK) je einen zweistündigen Kurs, auch ggf. die 2. Fremdsprache (3-stündig). In jedem Band werden 12 Kurse organisiert. Neben den Fremdsprachen werden u. a. naturwissenschaftlich-technische, künstlerische, handwerklich-hauswirtschaftliche sowie mädchen- bzw. jungenspezifische Themen angeboten. Das Kursprogramm gilt mit Varianten auch für Stufe IV, die Kurse heißen jetzt *Wahlkurse*. Es kommt ein dreistündiger *Leistungskurs* hinzu, Themen sind Deutsch-Schreibwerkstatt, Mathematik, Englisch, Sport, Ethik – Religion, *Nawi* – Quantifizieren, Technik, Ökologie, Theater, *WuG* – Textiles Gestalten, Musik, Kunst. Ein gewählter Kurs muss mindestens zwei Jahre besucht werden, er hat für den Schulabschluss das gleiche Gewicht wie die „Kernfächer“ Deutsch, Englisch, Mathematik.



**Projekte, Vorhaben:** Ein Großteil des Unterrichts wird projektartig durchgeführt. Einige Projekte in Stufe II: Bielefeld und Umgebung, Deutschland und die Bundesländer, Europa, Kindheit früher, Geschichtliche Spuren in Bielefeld, Steinzeit, Liebe – Freundschaft – Sexualität, Körper und Ernährung, Gesundheit und Hygiene. In Stufe III: Frühe Hochkulturen – Beispiel Ägypten (Jg. 6); Kinder in aller Welt – Landeskunde unter geographischen, kulturellen, gesellschaftlichen Aspekten (Jg. 6); Lebensraum Alpen – Entstehung, Vegetation, Tourismus, Umweltschutz, ... – in Verbindung mit der Reise in den Schnee (Jg. 7); Experimentierbaukasten Elektrizitätslehre – Bauen und bestücken (Jg. 6); Haus- und Familienarbeit – Kitapraktikum (Jg. 7); Licht und Leben (Jg. 6); Safe Sex – Liebe, Freundschaft, Sexualität Teil II (Jg. 7/8). Jährlich findet eine Projektwoche statt mit einem gemeinsamen Thema für die ganze Schule.

**Jahresarbeit:** In Stufe IV erstellt jede/r Schüler/in jährlich eine Jahresarbeit, für deren Betreuung sie/er sich selbst einen Erwachsenen in der Schule sucht. Die Jahresarbeiten werden auf Zeugnissen, auch dem Abschlusszeugnis dokumentiert.

**UFO:** Der *Universelle Förder- und Forderort* (UFO) ist ein Angebot der Sonderpädagogen an alle Schüler/innen. Tagüber ist ein Erwachsener anwesend, der sie bei ihrem eigenständigen Lernen berät und unterstützt.

**Jahrespläne, Feste Aktivitäten:** Im Jahresplan verankert sind neben den Schülerfahrten und Praktika u. a. der Tag der offenen Tür, die Projektwoche, die Feste zur Einschulung, zu Stufenübergängen und zum Schulabschluss, Aufführungen der künstlerischen Wahlkurse und Präsentationen von Arbeitsergebnissen (Profilmarkt der Jg. 7 und 10), die Sport- und Spieltage, sowie Fortbildungsveranstaltungen und Feiern des Kollegiums. Die Lehrerteams legen im Arbeitsplan für ihre Lerngruppen die Zeitpunkte und Abfolge der vorgesehenen Themen fest.

**Rituale:** Hierzu gehören neben den verschiedenen Feiern, dass sich alle Schüler/innen und Lehrer/innen duzen und alle Schüler/innen bis zum Jahrgang 5 in der Schule Hausschuhe tragen.

**Offene Angebote:** Die älteren Schüler/innen haben durch die Wahlgrundkurse, die Wahl- und Leistungskurse ein breites Angebot. Den jüngeren Schüler/innen steht insbesondere nach 15.30 Uhr sowie dienstags und freitags an den Nachmittagen besondere Angebote auf den Unterrichtsflächen und anderen Lernorten wie z. B. Bauspielplatz, Bibliothek, Schulzoo, Kreativwerkstatt, Labore, Schulgarten zur Verfügung.

**Schülerfirmen:** Im Rahmen des Wahlbereiches betreiben die Schüler/innen einen Schülerladen für Schulbedarfsartikel und eine Catering-Firma.

**Bibliothek:** Die Bibliothek hat einen Bestand von ca. 45.000 Büchern plus ca. 20.000 Schulbücher. Sie wird von einer Bibliothekarin geführt und ist für Schüler/innen und Pädagog/innen ganztägig offen.

**Schülerfahrten:** Das Reisecurriculum sieht folgende Fahrten vor: Fahrten in die nähere Umgebung (3 Tage, jährlich, Stufe I), *Hei-*

*matkundliche Fahrt* (1 Wo., Jg. 3), *Fahrt ans Wasser* (1 Wo., Jg. 4), *Reise in die Steinzeit* (1 Wo., Jg. 5), *Reise in die nähere Umgebung* (1 Wo., Jg. 6), *Reise in den Schnee* nach Mittelberg (Jg. 7), *Besuch in Schweden* (ca. 3 Wo., Jg. 8), *Gegenbesuch der Schweden in Bielefeld* (ca. 3 Wo., Jg. 9), *Low Budget-Fahrt* (Jg. 9), *Abschlussfahrt nach Italien* (2 Wo., Jg. 10) sowie zwei Kurzreisen nach Buchenwald und Berlin (Jg. 10).

**Schulpartnerschaften:** Seit 1986 besteht eine Partnerschaft mit Schulen in Nicaragua. Sie wird thematisiert in diversen Veranstaltungen z. B. bei Sponsorenveranstaltungen. Mitarbeiter/innen der Schule haben Nicaragua besucht. Ehemalige Schüler/innen haben nach ihrem Abitur ein Partnerschaftsjahr über das Welthaus in Nicaragua, u. a. an den Partnerschulen verbracht und ihre Erfahrungen berichtet.

**Berufs- und Lebensplanung:** Das *Konzept zur Berufs- und Lebensplanung* umfasst Aktivitäten beginnend im Jg. 7: Praktika, Erkundungen, Wahlkurs, Unterrichtsvorhaben, Besuche, Berufsberatung, Bewerbungstraining, Elterninformationsabende.



Der Großraum aus anderer Perspektive

**(Betriebs-)Praktika:** An den Praktika nehmen alle Schüler/innen teil: Kita-Praktikum (1 Wo., Jg. 7), Produktionspraktikum (2 Wo., Jg. 8), Dienstleistungspraktikum (3 Wo., Jg. 9), Wahlpraktikum berufswahl-orientierend oder sozial-engagiert (Jg. 10), Hospitation an weiterführender Schule (1 Wo., Jg. 10).

**Öffnung der Schule, Kooperationspartner:** Die Schule ist *Unesco-Schule*, *Schule ohne Rassismus*, Mitglied bei *Blick über den Zaun*. Sie kooperiert mit anderen Schulen, der Universität, städtischen Stellen, mit zahlreichen Betrieben (u. a. Ikea), der Arbeitsagentur, dem Verein BAJ. Es kommen jährlich ca. 1.000 an der Schule interessierte Besucher. Es gibt offene Besuchernachmittage, Hospitationsmöglichkeiten, Vorträge und Workshops.

**Gremien/Kommunikation:** Es gibt Jahrgangskonferenzen, Stufenkonferenzen, Erfahrungsbereichskonferenzen, Gesamtkonferenzen, die Schulkonferenz. Sie werden durch den Konferenzplan koordiniert. Die *Pädagogische Koordinatorinnen- und Koordinatorenkonferenz* besteht aus den Sprecher/innen aller Jahrgänge, Stufen und Erfahrungsbereiche, dem Schulberatungsteam (Sonder- und Sozialpädagogik) und der Schulleitung, berät schulübergreifende Themen, diskutiert Planungs- und Entwicklungsschritte und bereitet Entscheidungen vor. Die Koordinatorenkonferenz tagt zu Haushalts- und Baufragen. An mindestens drei Dienstagen pro Monat ist jeweils das ganze Kollegium an Konferenzen und Arbeitsgruppen beteiligt.

Die *Hauspostille* erscheint wöchentlich; sie informiert alle an der Schule Beteiligte über die Arbeit: u. a. Gremieneinladungen, -vordrucke und -beschlüsse, Erinnerungen an Beschlüsse und Verabredungen, Abwesenheit von Klassen und Pädagog/innen, Besuche, Presseartikel.

**Lehrerkultur:** Das Kollegium weist im Jahresplan feste Zeiten für sich selbst aus: das Jahresabschlussfest am letzten Schultag, an dem jene verabschiedet werden, die die Schule verlassen, die gemeinsame Fortbildung außerhalb der Schule.

**Jahresthema:** Das Kollegium beschließt jedes Jahr ein Thema (aktuell *Gesunde Schule*) für die schulinterne Fortbildung, das i. d. R. mit den Forschungs- und Entwicklungsschwerpunkten der Wissenschaftlichen Einrichtung verschränkt ist.

**Schulentwicklung / Evaluation / Wissenschaftliche Einrichtung Laborschule:** Die Wissenschaftliche Einrichtung ist quasi die Forschungs- und Entwicklungsabteilung der Laborschule. Sie führt Forschungsarbeiten durch in enger Kooperation mit der Laborschule und unter Mitarbeit von dafür z. T. abgeordneten Lehrer/innen. Ein Forschungs- und Entwicklungsplan gilt für jeweils zwei Jahre. Es gibt drei Stellen für wiss. Mitarbeiter/innen und zwei für das Sekretariat sowie 90 Std. für Entlastungen von Lehrkräften. Leiter/in für 5 Jahre ist ein/e Hochschul-lehrer/in der Fakultät für Erziehungswissenschaft, z. Z. Prof. Annette Textor. Für die Koordinierung von Schule und Wissenschaftlicher Einrichtung sorgt die *Gemeinsame Leitung*, der *wissenschaftliche Beirat* begleitet die Arbeit.

Lehrer/innen und Mitarbeiter/innen der Wissenschaftlichen Einrichtung beantragen gemeinsam Forschungsprojekte und berichten schriftlich. Seit 2001 fanden insgesamt 77 Untersuchungen statt. Die Mehrheit des Kollegiums ist in diese Entwicklungsarbeit involviert.

Wichtige Entwicklungsschritte der Schule basieren auf dieser Arbeit: z. B. der verpflichtende Ganztags in Stufe I, die Jahrgangsmischung in Stufe II. Derzeit werden u. a. diskutiert die *Entschulung* in Jg. 8 (vgl. H. v. Hrtig: Bewährung) und die Ausweitung der Jahrgangsmischung in der Sekundarstufe.

### Kommentar

Die Laborschule ist wegen der Verknüpfung mit der wiss. Einrichtung eine der am besten und vollständigsten langfristig dokumentierten Schulen Deutschlands. Besonders die Absolventenstudie, die von Anfang an

jährlich durchgeführt wird, belegt die überdurchschnittliche Wirksamkeit der Laborschule. Das gilt sowohl für den kognitiven Bereich – fast alle Schüler/innen erreichen einen Schulabschluss, weit mehr als die Hälfte die Qualifikation für die gymnasiale Oberstufe, „Förderschüler/innen“ erreichen weit höhere Abschlüsse als im Regelschulsystem, die Absolventen sind auch in nachfolgenden Bildungsabschnitten überdurchschnittlich erfolgreich – als auch für den Bereich der Selbst- und Sozialkompetenz, wie die Ergebnisse der *Civic-Education-Study*, aber auch eigene Erhebungen zeigen.

Die Laborschule hat durch ihre Arbeit belegen können, dass reformpädagogische Praxis – wie heterogene Lerngruppen, Inklusion, Altersmischung, Verzicht auf Noten, Selbstbestimmung beim Lernen, Lernen in Zusammenhängen – hervorragende Schulergebnisse keineswegs verhindert, sondern eher befördert und zwar für alle Kinder.

Die Schule hat Impulse für die Regelschulen und deren rechtlichen Rahmen geben können. Eigentlich wäre es konsequent, wenn Bildungspolitik und -verwaltung stärker die Ergebnisse der Arbeit von Schulen wie der Laborschule aufnahmen, so dass eine derartige Pädagogik nicht einer Ausnahmegenehmigung bedarf, sondern Normalfall ist.

### Quellen

Ausführlicher informieren die Websites [www.uni-bielefeld.de/LS/](http://www.uni-bielefeld.de/LS/), [www.portfolio-laborschule.de/](http://www.portfolio-laborschule.de/), [www.naturforscherlaborschule.de/](http://www.naturforscherlaborschule.de/), [www.laborschulkraftwerk.de/](http://www.laborschulkraftwerk.de/), [www.uni-bielefeld.de/wels/](http://www.uni-bielefeld.de/wels/)  
Stand: Juni 2013 ♦



GÜNTHER CLEMENS

## Uneinheitlicher Süden

Nach den Länderbetrachtungen der Stadtstaaten, Schleswig-Holsteins und der östlichen Bundesländer soll in dieser Ausgabe des GGG-Journals der Blick auf den Süden der Republik gerichtet werden.

Hier geht es längst nicht so ruhig zu wie im Osten, was angesichts der unterschiedlichen Regierungskonstellationen und Bildungsminister/innen und den damit verbundenen unterschiedlichen Vorstellungen von Bildung und Bildungssystemen keineswegs verwundert.

Ebenfalls unterschiedlich sind die Wege hin zu einer inklusiven Schule. Von einem Erreichen der Ziele, wie sie in der UN-Behindertenkonvention beschrieben sind, kann in keinem der betrachteten Bundesländer gesprochen werden, aber auch hier sind die Fortschritte auf dem Weg unterschiedlich.

### BAYERN

In Bayern „ist die Welt noch in Ordnung“ und das Schulsystem dreigliedrig. Zwar besuchen auch hier Schüler/innen eine Gesamtschule, allerdings sind es gerade einmal 0,4 %.

Ansonsten herrscht „Klarheit im System“, d. h. die klassische Dreigliedrigkeit steht nicht im Zweifel. Bei aller Begeisterung über die hier erreichten PISA-Ergebnisse bleiben drei Anmerkungen:

1. Die Gymnasialquote ist die niedrigste innerhalb der West-Bundesländer
2. Die Quote der Schüler/innen mit Migrationshintergrund liegt zwar höher als im Osten, aber immer noch deutlich unter dem Bundesdurchschnitt
3. Die Studienberechtigtenquote liegt fast 10 % unter dem Bundesdurchschnitt

Dafür gibt es in Bayern mehr Wiederholer als sonst in der Republik.

Wenngleich auch in Bayern die Akzeptanz der Hauptschule deutlich abnimmt scheint sich keine Strukturfrage zu stellen. Ruft man die Internetseite des „Instituts für Schulentwicklung und Bildungsforschung“ (isb) auf, so ergeben sich für Schulentwicklung lediglich (drei) Aufgabenfelder: **Verbesserung von schulorganisatorischen Abläufen, Schulklima und konkretem Unterricht**

Den Begriff „Inklusion“ sucht man vergebens.

Spannend bleibt die Frage, wie auf zurückgehende Schülerzahlen – insbesondere im ländlichen Bereich – reagiert werden soll, wie der Umgang von Schüler/innen mit besonderen Bedarfen und wie der steigende Bedarf an Akademiker/innen gewährleistet werden kann.

Sofern sich bildungsstrukturell hier nichts ändert, wird Bayern für längere Zeit ein klassisches „Einwanderungsland“ bleiben.

### BADEN-WÜRTTEMBERG

Das krasse Gegenteil zeigt sich im zweiten südlichen Bundesland.

Wurde noch von der alten Landesregierung die Werkrealschule eingeführt, ein Zusammenschluss von Haupt- und Realschule, so setzt die neue Landesregierung klar auf die Gemeinschaftsschule.

Nach 41 Schulen im Schuljahr 2012/13 werden zum kommenden Schuljahr noch einmal 87 Gemeinschaftsschulen den Betrieb aufnehmen. Das Konzept sieht eine inklusive Beschulung vor, wenngleich auch hier die Förderschulen auf absehbare Zeit erhalten bleiben. Die Gemeinschaftsschule umfasst die Klassen 5–10, gegebenenfalls auch 1–4 und 11–13, und ermöglicht somit alle Abschlüsse. In der Sekundarstufe I sind Gemeinschaftsschulen Ganztagschulen. Eine Nichtversetzung gibt es nicht mehr. Die Lerngruppen sind heterogen zusammengesetzt, alle Schüler/innen eines Jahrgangs) werden prinzipiell gemeinsam unterrichtet.

Natürlich gibt es – insbesondere in den ländlichen Gebieten – Widerstand gegen die Einrichtung von Gemeinschaftsschulen, verwiesen sei hier auf den Länderbericht von Jürgen Leonhardt im Journal 1/13, doch gerade hier verspricht die Schulform bei zurückgehenden Schülerzahlen den größten Nutzen für die einzelnen Gemeinden.

Ansonsten hat das Gymnasium weiterhin seinen starken Stand. Rund ein Drittel aller Schüler/innen besuchen diese Schulform. Auch besteht die Realschule weiter.

Auffällig ist, dass die Studienberechtigtenquote bei über 50 % liegt und der Anteil der Wiederholer nicht einmal halb so hoch ist wie in Bayern.

## SAARLAND

Im Saarland ist es auf den ersten Blick ganz einfach. Es gibt zwei Schulformen, das Gymnasium und die Gemeinschaftsschule. Allerdings war der Weg dahin nicht einfach, denn im Saarland haben die Schulformen Verfassungsrang. So bedurfte es der Abstimmungs-Koalition aus CDU, FDP und Die Linke (!), um u. a. die Gesamtschule aus der und die Gemeinschaftsschule in die Verfassung zu schreiben. Grundsätzlich findet hier der Unterricht im Klassenverband statt, die Natur- und Gesellschaftswissenschaften sind zu integrierten Fächern zusammengefasst, doch bereits ab Klassenstufe 6 bietet ein umfangreiches Differenzierungsmodell den einzelnen Schulen großen Gestaltungsspielraum. Eine Versetzungsentscheidung wird es bis zur achten Klasse nicht geben. An der Gemeinschaftsschule können alle Abschlüsse erreicht werden, jeder mit einer zentralen Abschlussprüfung, im Gegensatz zum gymnasialen G8 wird das Abitur nach neun Schuljahren abgelegt. Ob die Schulen eine eigene Oberstufe bekommen, hängt von der Schülerzahl ab, möglich sind Kooperationen mehrerer Gemeinschaftsschulen untereinander, mit einem Gymnasium oder auch mit Berufsschulen – ein Ringen um Schüler/innen kann erwartet werden.

Der Ausbau von Ganztagschulen findet schulformübergreifend langsam statt, ein „Modellversuch Inklusion“ geht ins dritte Jahr, eine Ausweitung über die Modellschulen hinaus ist nicht absehbar – Gymnasien nehmen nicht teil. Es gilt das Wort der CDU-Ministerpräsidentin: „Die Förderschulen bleiben erhalten.“

Bei der Betrachtung der (über 50 %igen) Studienberechtigtenquote fällt auf, dass der Anteil der Fachhochschulreife bundesweit der höchste ist.

## RHEINLAND-PFALZ

Neben dem Gymnasium, das von fast 40 % der Schüler/innen besucht wird, haben sich zwei Schulformen herausgebildet, die „Realschule Plus“ (RS+), entweder eine Zusammenlegung von Haupt- und Realschule oder eine Umwandlung der bestehenden Regionalen Schulen und die integrierte Gesamtschule, letztere mit und ohne Oberstufe. Der Trend zur Gesamtschule ist deutlich, die Anmeldezahlen liegen deutlich über denen der RS+.

Während in der RS+ nach einer zweijährigen Orientierungsstufe laufbahnbezogen selektiert wird, bleibt an der Gesamtschule der Klassenverband bis zum Ende der Sekundarstufe I erhalten. Es wird integrativ gearbeitet.

Interessant ist der rheinland-pfälzische Weg zum Abitur, es stellt sich nicht die Frage nach G8 oder G9, denn hier heißt es: G8,5. Das Schulhalbjahr 13/2 entfällt, die Schüler/innen verlassen die Schule bereits im März.

Ein inklusives Arbeiten findet überwiegend an sog. „Schwerpunktschulen“ statt, die sich im Sekundarbereich auf RS+ und Gesamtschule verteilen. Die Eltern sollen ab 2014 ein uneingeschränktes Wahlrecht über Förderschul- oder Regelbeschulung bekommen. Das von der Landesregierung bis 2016 angestrebte Ziel ist eine Inklus-

sionsquote von 40%, wobei es im Schuljahr 2011/2012 ein Inklusionsanteil von 23,02% gab, immerhin knapp über dem Bundesdurchschnitt (22,3%). Förderschulen wurden bisher nicht aufgelöst, es werden allerdings auch keine weiteren mehr eingerichtet und die bestehenden sollen zu Förderzentren ausgebaut werden. Die Studienberechtigtenquote liegt im Bundesdurchschnitt.

Abschließend bleibt anzumerken, dass in allen vier betrachteten Bundesländern das gymnasiale Monopol zum Abitur gefallen ist. Inwieweit sich Lehrer/innen auf Heterogenität und veränderte Bedingungen einlassen, ob es gelingt, vom Unterrichten zum Lernen zu kommen, hängt natürlich im Wesentlichen von der Grundeinstellung ab. Allerdings müssen Begriffe wie „Inklusion“ und „Didaktik der Vielfalt“ bereits in der Lehrerbildung Einzug finden und darüber hinaus Schwerpunkt der Lehrerfortbildung werden.

Ob die einzelne Schule sich den geänderten Bedingungen stellen kann, hängt letztlich an zwei Faktoren: einer systematischen Schulentwicklung und einer aufgabenorientierten Ressourcengerechtigkeit. Insbesondere letzteres einzufordern sollte Aufgabe der GGG sein. ♦

### Wir gratulieren und danken für 40 Jahre GGG-Mitgliedschaft:

Marlies Rothländer (Eintritt 09.11.1973)

### Wir gratulieren zum 75. Geburtstag

Uwe Lorenz (26.09.1938)

Gisela Brock (08.10.1938)

### Wir gratulieren zum 90. Geburtstag

Erwin Niss (22.09.1923)

 AUS DEN LÄNDERN

## BADEN-WÜRTTEMBERG

**Das Modell BW: Erst die Praxis, dann die Planung!**

Zwei Jahre nach der praktischen Einführung der Gemeinschaftsschule (GMS), beginnt die Landesregierung mit der Planung der regionalen Schulentwicklung:

„Das Landeskabinett hat am 23. Juli 2013 die Eckpunkte für eine regionale Schulentwicklung in BW verabschiedet“ (Kultusportal des MKS). Die Eckpunkte sollen die Grundlage bilden für einen Gesetzentwurf, der bis zum Ende des Jahres in den Landtag eingebracht werden soll.

Ziel der regionalen Schulentwicklung ist es, allen Schüler/innen in „zumutbarer Erreichbarkeit jeden Bildungsabschluss zu ermöglichen“ sowie eine gewisse Schulgröße zu garantieren, um bessere pädagogische Bedingungen anbieten zu können. In den Eingangsstufen von Werkrealschule, Realschule und der GMS wird deshalb die Zahl von 40 Schüler/innen, bei den Gymnasien 60 Schüler/innen angestrebt. Das ist neu! Davor noch wurden auch einzügige GMSen genehmigt. Weiter heißt es im Kultusportal: „Die Landesregierung strebt ... ein Zwei-Säulen-Modell an, das einerseits aus den Gymnasien und andererseits aus einem integrativen Bildungsweg besteht, der sich aus den übrigen weiterführenden Schulen entwickelt.“

Dann wird es interessant:

Bei den Abschlüssen „soll es nicht mehr auf die Schulart ankommen, an der der Abschluss erworben wird. An Realschulen werde die Möglichkeit geschaffen, in Klasse 9 auf Antrag die Hauptschulabschlussprüfung abzulegen“.

Was bedeutet das in der Praxis? Ist die Realschule dann schon so etwas wie der Übergang zur GMS, nur ohne Ambitionen für einen höheren Abschluss? Oder ist sie schon wieder eine neue Schulart, vielleicht eine Verbundschule? Darf sie dann noch Schüler/innen in die Werkrealschule abschieben oder kann sie dann doch gezwungen werden, den Hauptschulabschluss in der eigenen Schule anzubieten? Und schließlich: Wenn es nicht mehr auf die Schulart ankommt, warum bietet man nicht auch den Gymnasien an, einen Realschulabschluss eben dort machen zu können?

Die jüngste Blüte in der Schullandschaft fängt gerade in Mannheim an zu sprießen:

Eine große Realschule in der Stadt hat Interesse bekundet, das System der Gesamtschule in Mannheim zu übernehmen. Sie fragt an, ob es nicht möglich wäre, eine Dependence dieser Schule zu werden. Die Idee ist gut, zumal die IGMH jedes Jahr etwa 400 Anmeldungen hat, von denen nur etwa die Hälfte aufgenommen werden kann. Genug Potenzial also für eine zweite Schule dieser Art in Mannheim. Eine spannende Frage bleibt aber: Würde die jetzige Landesregierung mit ihrem SPD- Kultusminister noch Anträge auf Gesamtschulen

genehmigen, eine Schulart also, die sie, die SPD, viele Jahre lang in ihrem Bildungskatalog hatte?

Es fehlt ein erkennbarer, konsistenter Kurs in Richtung auf die „Entwicklung“ der sogenannten zweiten Säule, der gewollten Alternative zum Gymnasium.

Was sich zur Zeit da von unten und von oben „entwickelt“, ist ein bunter Strauß von Schularten, die man nur mit einigem guten Willen und auch nur in wenigen Fällen als Alternative zum Gymnasium sehen kann. Wenn Landesregierung und auch die Kommunen so weiterwursteln, sehe ich schwarz für das Projekt Gemeinschaftsschule.

JÜRGEN LEONHARDT

## BERLIN

**Inklusion:** Nachdem das Inklusionskonzept aus der vorigen Legislatur von Schulsenatorin Scheres kassiert worden war – u. a. mit der Begründung, dass Inklusion nicht zum Nulltarif zu haben sei –, tagte eine „Inklusions-Kommission“ und legte Anfang 2013 ein Konzept vor, das eine Reihe von guten Vorschlägen für den Weg zur inklusiven Schule macht: Rechtsanspruch auf Inklusion ohne Vorbehalt, Zentren für Inklusion an jeder Schule, ... Allerdings bleibt das Gymnasium exkludierende Zone. Weiteres Problem: Die Realisierung des Konzeptes wird wohl auch 5 Jahre nach Ratifizierung der UN-BRK noch nicht Realität, die Finanzen sind noch nicht gesichert. In der Zwischenzeit geht der Run auf die integrierenden Schulen weiter, mit der Konsequenz, dass die Lernbedingungen für das einzelne Kind dort schlechter werden: Die Ressourcen hierfür bleiben bisher gedeckelt und wurden nicht entsprechend erhöht. Im Integrationsbereich erfolgreich arbeitende Schulen, die auch dringend als Vorzeigebetriebe und Orientierungsmarken benötigt werden, können ihre Qualität nicht aufrechterhalten. Wenn man es mit der Inklusion wirklich ernst meinte, müsste man das wohl anders machen.

**Lehrerbildung:** Es gibt das bekannte „Baumert-Papier“ zur Lehrerbildung, das u. a. zwei bemerkenswerte Empfehlungen aufweist: Ausbildung für Schulstufen, nicht für Schularten; mehr schulische Praxisanteile in die Studienphase. Nun liegt seit Anfang Juni ein Referentenentwurf für das neue Lehrerbildungsgesetz vor. Er sieht drei Lehrämter vor: an Grundschulen, an Integrierten Sekundarschulen (ISS) und Gymnasien, an beruflichen Schulen. Die Studiengänge sehen für alle den Masterabschluss vor. Jeweils ein Fach kann durch zwei sonderpädagogische Fachrichtungen ersetzt werden, ein besonderer Studiengang für Sonderpädagogik ist nicht vorgesehen. Mindestens 7 Monate sind für schulpraktische Aktivitäten vorgesehen, davon ein sechsmonatiges Praktikum in Semester 2 oder 3 des Masterstudiums. Pferdefuß: § 5 (3) sieht zwei verschiedene Masterstudiengänge vor für Lehrer an ISS und an Gymnasien, was sich insbesondere in der Gestaltung der Praxissemester niederschlägt. Es ist also, entgegen dem Vorschlag des Baumert-Papiers, doch wieder eine schulformbezogene Ausbildung und kein einheitliches Lehramt für den Sekundarbereich vorgesehen.

**Differenzierungskonzept:** Im Journal 2012/4 wurde über die Forderung der Senatsverwaltung nach Vorlage eines Differenzierungskonzeptes durch jede integrierte Schule berichtet. Der Tenor der Aufforderung legte die Vermutung nahe, dass das mehr oder weniger auf ein Rollback gegenüber den Festlegungen des Schulgesetzes hinaus lief. Dabei sagt das Berliner Schulgesetz ziemlich eindeutig in § 8 (2) *„Die Schule legt im Schulprogramm insbesondere fest: 1. ihre besonderen pädagogischen Ziele, Schwerpunkte und Organisationsformen in Unterricht, Erziehung, Beratung und Betreuung einschließlich des schulischen Ganztagskonzepts sowie die Form der Leistungsbeurteilung und die Formen der Leistungsdifferenzierung. ...“* und in § 22 (4) *„In der Integrierten Sekundarschule kann der Unterricht in gemeinsamen Lerngruppen, in Kursen der äußeren Fachleistungsdifferenzierung sowie in Wahlpflicht- und Wahlgruppen stattfinden. Über Beginn und Formen der Leistungsdifferenzierung entscheidet jede Schule im Rahmen ihres Schulprogramms. Eine Verpflichtung zur äußeren Fachleistungsdifferenzierung besteht nicht.“* Nun wird von den Schulen erneut die Einreichung ihres „Differenzierungskonzeptes“ (zur Genehmigung?) verlangt. Offensichtlich weiß man höheren Ortes, wie es richtig geht und dann ist es ja nicht falsch, den Schulen bei der Wahrnehmung ihres gesetzlichen Gestaltungsrechtes den Weg zu weisen. Im Ernst, wenn man weiterhin so obrigkeitlich vorgeht, wird wohl gute Schulentwicklung auch weiterhin immer mit einem Hauch von Subversion verbunden bleiben.

Zum Beginn des Schuljahres 2013/14 sind wieder zwei neue Standorte für **Gemeinschaftsschulen** dazugekommen: der Campus Efeuweg in Gropiusstadt (Bezirk Neukölln), gebildet aus der Walt-Disney-Schule (Grundschule) und der Liebig-Schule (ISS), sowie in Buch (Bezirk Pankow) in Trägerschaft der Montessori-Stiftung. Damit gibt es jetzt 23 Standorte von Gemeinschaftsschulen (zwei davon in privater Trägerschaft).

Im April hat der **Landesverband der GGG** zum ersten Mal „Berliner Schulbesuchstage“ organisiert. 11 integrierte Schulen (meist Gemeinschaftsschulen) haben an drei Tagen insgesamt 18 Besuchsmöglichkeiten angeboten und dabei ihre Praxis zur Diskussion gestellt. Obwohl bei diesem ersten, relativ kurzfristigen Anlauf nicht alles rund lief und wir uns auch ein größeres Echo erhofft hatten, halten die sich beteiligenden Schulen ein solches Vorhaben für sehr sinnvoll, es haben sich bereits für das nächste Mal weitere Besuchsschulen angeboten. Die „Berliner Schulbesuchstage 2014“ werden mit längerem organisatorischem Vorlauf am 17. bis 19.02.2014 stattfinden. Die Anmeldung wird ab Anfang Dezember 2013 möglich sein. Natürlich sind auch Besuchs-Interessenten aus anderen Bundesländern herzlich willkommen.

Neu gewählt wurde auf der Mitgliederversammlung im April der kollektive Landesvorstand: Tom Erdmann, Robert Giese, Bernd Roswadowski, Lothar Sack, Sabine Scholze, Anna Winterscheidt.

LOTHAR SACK

## BREMEN

Kurz vor den Sommerferien fand die Mitgliederversammlung der GGG Bremen statt. Als Gast hatten wir die bildungspolitische Sprecherin der Grünen, Frau Sülmez Dogan eingeladen. Frau Dogan äußerte sich sehr kenntnisreich und kompetent zu aktuellen Problemen der Schulpolitik in Bremen und Bremerhaven. Besonders zur Inklusion, die sie auch an den Gymnasien eingeführt sehen möchte, und zum Einsatz der Sozialpädagogen entzündete sich eine lebhafte Debatte mit der Grünen-Politikerin. Sie sprach sich für eine Evaluation bei dem weiteren Ausbau der Oberschulen aus. Die Diskussion war für alle Beteiligten sehr anregend; es wurde mit ihr ein weiteres Treffen vereinbart, um die Auffassungen der GGG bei den mitregierenden Grünen im Bremer Senat weiterhin zur Geltung zu bringen.

Die Senatorin für Bildung, Wissenschaft und Kunst teilt zum Schuljahrsende in einem Brief an die Schulleiter mit, dass die Stellen (allerdings nur) der Hälfte der Schulsozialarbeiter/innen durch eine Weiterfinanzierung bis zum Sommer 2014 gesichert können. Weiterhin stellt sie eine Zuweisungsrichtlinie in Aussicht, in der die Verteilung der Ressourcen, an sachlichen Kriterien orientiert, transparent dargestellt werde, was gegenüber der Vergangenheit ein wirklicher Fortschritt wäre.

Die Sorge über mangelhafte Lehrerversorgung in der Stadtgemeinde Bremerhaven hat zu gemeinsamen Aktionen von Schüler/innen, Eltern, Lehrkräften und Schulleitungen geführt. Es gibt einen erheblichen Fehlbedarf, u.a. weil entgegen den Hochrechnungen von 2007 die Schülerzahl in der Stadt nicht abgenommen, sondern durch Zuzug von Arbeitskräften in der Offshore-Branche und von Zuwanderung von EU-Bürgern aus Südosteuropa deutlich zugenommen hat. Nur durch zähe Verhandlungen von stadt- und landespolitisch Verantwortlichen konnte es hier zu einer Abmilderung kommen.

Generelle Kürzungen im Landeshaushalt gehen zulasten der für den Ausbau der inklusiv arbeitenden Oberschule dringend notwendigen angemessenen personellen und materiellen Ausstattung.

Der Unmut über die vorenthaltene Übernahme des Tarifabschlusses hält unter den Beschäftigten des Öffentlichen Dienstes landesweit unvermindert an. Die Mehrheit der Lehrkräfte ist davon betroffen. Es ist zu befürchten, dass viele in benachbarte Bundesländer abwandern, in denen deutlich höhere Bezüge bezahlt werden. Es ist zu erwarten, dass insbesondere Lehrkräfte mit Mangelfächern nicht mehr in der gewünschten Zahl und Qualität zur Verfügung stehen und dass sich Berufsanfänger für andere Länder entscheiden. In Sorge um den Reformprozess haben sich die Leitungen der Bremer Oberschulen in ihrer Erklärung vom 16.5. 2013 an die politischen Verantwortlichen und die Verwaltung gewandt.

KARLHEINZ KOKE/WOLFGANG VOGEL

## HESSEN

Inklusion ist nicht nur eine Frage der Haltung, sondern auch mit enormem bürokratischen Aufwand für die Schulen verbunden, die wie die Ernst-Reuter-Schule II in Frankfurt am Main schon eine jahrelange Erfahrung haben und deshalb stark angewählt werden. Deshalb haben wir die stellvertretende Schulleiterin Ingrid Burow-Hilbig gebeten, uns den erforderlichen Aufwand einmal exemplarisch darzustellen. Drei gravierende Veränderungen halten wir für bedenklich und diskussionswürdig:

- den Förderausschuss hat die Schule zu bilden und teilweise zu stellen, bei der das Kind angemeldet wird,
- die Anpassung der Klassenstärke der I-Klassen an die Regelklassen,
- die Versetzung der Förderlehrer an die BFZs bei gleichzeitiger Heraufsetzung der Unterrichtsverpflichtung.

Ob nach der Landtagswahl im September da Korrekturen vorgenommen werden (können), ist noch gar nicht abzusehen. Hier nun der Bericht:

### Auf dem Weg vom gemeinsamen Unterricht zur Inklusion am Beispiel der Ernst-Reuter-Schule II in Frankfurt am Main

Die Ernst-Reuter-Schule II (ERS II) ist eine Schule für alle Kinder, für die leistungsstarken, für leistungsschwache Schüler/innen, für Schüler/innen mit Migrationshintergrund, für sozial benachteiligte, für Schüler/innen mit sonderpädagogischem Förderbedarf, körperlichen Beeinträchtigungen, usw., usw., eben eine Schule der Vielfalt und Heterogenität (s. a. Schulbericht im Organisationskizze Journal 4/2010).

Seit mehr als 20 Jahren nimmt sie Kinder mit Behinderungen auf. Jeweils 4 Kinder werden in jeder zweiten Klasse integriert. Diese Klassen sind immer mit einer Partnerklasse verbunden, die gemeinsame Projekt- und Wandertage planen, zusammen auf Klassenfahrt gehen, aber auch gemeinsam den Ethik- und Religionsunterricht sowie die Differenzierung in Mathematik, Englisch und den Naturwissenschaften und die Gruppengröße im praktischen Arbeitslehreunterricht organisieren. Das wird als „Best Practise“-Beispiel im Hessischen Aktionsplan zur Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention, 2012 herausgegeben vom Hessischen Sozialministerium, hervorgehoben. In den Partnerverbänden arbeiten multiprofessionelle Teams miteinander, die sich gegenseitig unterstützen und bereichern. Dazu gehören Regellehrer, Förderschullehrer, Sozialpädagogen, Integrationsassistenten und Therapeuten. Auch diese Multiprofessionalität ist als ein Beispiel im Aktionsplan hervorgehoben. Alle Schüler/innen erhalten die bestmögliche Förderung und werden entsprechend gefordert. Individuelle Lernpläne sind selbstverständlich. Die Förderschullehrer sind genauso Klassenlehrer wie die Regellehrer und arbeiten gemeinsam an der individuellen Förderung jedes einzelnen Schülers.

Bislang lagen die Frequenzen der I-Klassen bei ca. 23 Schüler/innen. Alle Lehrerinnen und Lehrer hatten eine Unterrichtsverpflichtung von 26 Std.

Mit dem neuen Hessischen Schulgesetz (vom Nov. 2011) und der VOSB (Mai 2012) wurden die Frequenzen angepasst an die Regelklassen und die Pflichtstunden der Förderschullehrer, die bislang Teil des Kollegiums der allgemeinen Schule waren, auf 28 angehoben. Förderschulen werden Beratungs- und Förderzentren (BFZ). Die Versetzung der Förderschullehrer von der allgemeinen Schule an die BFZ ist angekündigt.

Förderausschüsse werden an der Schule, an der die Eltern eine zukünftige Beschulung wünschen, durchgeführt. Das bedeutet für eine Schule von der Größe der ERS II, die 8-zügig ist, dass ca. 25 Förderausschüsse stattfinden, in denen die aufnehmende Schule, die abgebende Schule, das Beratungs- und Förderzentrum, der Förderlehrer, der die Stellungnahme verfasst hat, die Eltern, evtl. ein Dolmetscher, ein Vertreter des Schulträgers, sofern bauliche Maßnahmen umgesetzt werden müssen, vertreten sein müssen. Für vorbeugende Maßnahmen kann das BFZ zusätzliche Stunden im Rahmen ihrer Ressourcen zur Verfügung stellen.

Was bedeutet das nun alles für die Weiterentwicklung und das Gelingen der Inklusion?

- Räumliche und sächliche Voraussetzungen müssen geschaffen werden.
- Verlässliche personelle Ressourcen – multiprofessionelle Teams – mit den verschiedenen Kompetenzen müssen weiterhin gewährleistet sein.
- Die Frequenzen (Doppelzählung der Schüler/innen mit Förderbedarf?) müssen wieder gesenkt werden.
- Die Schulen brauchen Unterstützung auf dem Weg zur inklusiven Schule bei der Entwicklung.
- Das Bildungsangebot muss in Wohnortnähe sein.
- Die Haltung/Einstellung in der Schulgemeinde muss vorhanden sein.

INGRID BUROW-HILBIG/HANS-PETER KIRSTEN-SCHMIDT

## NIEDERSACHSEN

### GGG-Fortbildungen

Über 40 Neugründungen seit 2009 im Bundesland stellen eine Herausforderung für die Qualitätssicherung niedersächsischer Gesamtschulen dar. Die meisten dieser Neugründungen sind zudem nach einer extrem kurzen Vorbereitungszeit „ans Netz“ gegangen. Für die Schulleitungen und Kollegien der neuen Schulen bedeutet dies, Gesamtschulpädagogik unter Zeitdruck zu entwickeln und eine adäquate Schulstruktur aufzubauen. Aber auch bereits entwickelte Schulen stehen vor Generationswechseln im Kollegium. Und: Reflexion und Weiterentwicklung hat noch

keiner Schule geschadet. Das Land bietet solche schulspezifischen Fortbildungen derzeit nicht an.

Der Landesvorstand hatte deshalb bereits auf seiner Klausurtagung 2012 beschlossen, von der GGG organisierte Fortbildungen für „alte“ und „neue“ Gesamtschulen vorzubereiten und anzubieten. Das Programm stützt sich auf Erfahrungen aus der Region Braunschweig, in der sich die Schulleitungen von Gesamtschulen im März 2013 bereits zum 28. Mal gemeinsam fortgebildet haben. Im Zentrum dieser Tagungen standen Themen zur Pädagogik, Team- und Organisationsentwicklung für Schulleitungsteams.

Vier Veranstaltungen wurden geplant:

- am 06./07.03.2013 im „Haus Hessenkopf“ bei Goslar für die Braunschweiger Region,
- am 16./17.09.2013 für die Region Lüneburg ebenfalls in Rastede,
- am 23./24.09.2013 für die Region „Weser-Ems“ ebenfalls in der Heimvolkshochschule Rastede und
- am 21./22.10.2013 für die Region Hannover bei Goslar.

Die vier Fortbildungen werden in Kooperation mit dem ARPM (Arbeitskreis Religionspädagogik und Medienpädagogik) Wolfenbüttel durchgeführt. Verantwortlich für die inhaltliche Planung ist der Landesvorstand, der in Zusammenarbeit mit Prof. Dr. Asselmeyer, Uni Hildesheim, das Konzept entwickelt hat. Eingeladen sind jeweils bis zu drei Teilnehmer/innen aus dem Schulleitungsteam jeder Gesamtschule aus der Region.

Inputs aus der aktuellen Führungsforschung durch Asselmeyer und Arbeit in Gruppen wechseln sich ab. So erfahren die Teilnehmer/innen Strategien zum Umgang mit Turbulenzen und Diskontinuität z. B. beim Aufbau des Kollegiums einer wachsenden Schule oder zur Qualitätssicherung beim Generationenumbau einer bestehenden Schule. Der Austausch in der Gruppe dient der kollegialen Beratung. Am zweiten Fortbildungstag gibt es noch einen Input zum Thema „Distributed Leadership“ mit Aufgaben zur noch spürbareren Einbindung des „mittleren Schulmanagement“.

Fester Bestandteil der Tagungen soll ein sog. „Konferenzteil“ sein, in dem zuständige schulfachliche Dezernenten über die Umsetzung von Erlassen und Verordnungen berichten.

### Fortbildung für neue Lehrkräfte an IGSen

Für die Region Braunschweig findet demnächst erneut eine einjährige Fortbildung für neue Lehrkräfte an Gesamtschulen statt, in der Besonderheiten der Arbeit an Integrierten Gesamtschulen und Strategien zum Umgang mit den Herausforderungen des Berufseinstiegs an einer Gesamtschule thematisiert werden. Die Attraktivität dieser Fortbildung liegt auch im Austausch von neuen Kollegen/innen aus unterschiedlichen Gesamtschulen und dem Entdecken eines „Wir-Gefühls“ über die eigene Schule hinaus.

Der Landesvorstand wird die Machbarkeit solcher Veranstaltungen für andere Regionen auf seiner Klausurtagung im September prüfen.

### Neue Landesregierung setzt Wahlversprechen um

Die Ankündigungen der Koalitionspartner von SPD und Bündnis 90/Die Grünen, die Gründungs- und Arbeitsbedingungen der Gesamtschulen im Land vom Ballast der Auflagen der Vorgängerregierung aus CDU und FDP zu befreien, sind in einem sog. Vorschaltgesetz zum Niedersächsischen Schulgesetz beschlossen worden. Danach ist die Mindestzügigkeit wieder auf vier Parallelklassen (in Ausnahmefällen: Dreizügigkeit) gesenkt worden. Die Regelungen, wonach Schüler/innen integrierter Gesamtschulen das Abitur auch nach 12 Schuljahren ablegen sollten, ist gestrichen worden, das Abitur nach 13 Jahren gilt wieder für alle Schüler/innen an Gesamtschulen. Gegen die alte Regelung hatte es in Niedersachsen langanhaltende und heftige Gegenwehr gegeben.

Zentrale Forderungen des Gesamtschulverbands sind damit erfüllt. Das schnelle Handeln der Regierungskoalition aus SPD und Bündnis 90/Die Grünen ermöglicht eine Umsetzung bereits zum nächsten Schuljahr.

Nun muss die neue Landesregierung noch nachlegen und die Versorgung der neuen Gesamtschulen im Ganztagsbereich deutlich verbessern.

RAIMUND OEHLMANN

## NRW

### Inklusion und das 9. Schulrechtsänderungsgesetz

Nachdem der erste Entwurf des Gesetzes zur Umsetzung der Inklusion große inhaltliche Schwächen aufwies und auf breite und heftige Kritik gestoßen war, hatten die GGG NRW im Interesse einer gelingenden Inklusion auf einen erheblich verbesserten Gesetzentwurf gehofft. Leider ist das bei dem vorgelegten Entwurf, zu dem die GGG NRW erneut eine Stellungnahme abgegeben haben, nicht der Fall.

Die GGG NRW steht nach wie vor für Inklusion. Von ihr profitieren alle, nicht nur Schüler/innen mit Behinderungen, wenn die entsprechenden personellen und sachlichen Voraussetzungen gegeben sind. Das zeigen die vielfältigen Erfahrungen von Schulen, die sich schon auf den Weg gemacht haben.

Für eine inklusive Schule, in der Kinder mit und ohne Behinderungen gemeinsam lernen, sind deutlich kleinere Lerngruppen, die zumindest teilweise doppelt besetzt sind, unabdingbar. Die im Gesetzentwurf enthaltene Regelung, dass auch bei Beschulung von Kindern mit Förderbedarf der Klassenfrequenzrichtwert insgesamt einzuhalten ist – indem die übrigen Klassen entsprechend größer gemacht werden – ist unsinnig und unakzeptabel.

**Die GGG NRW schlägt vor, hier mindestens eine Regelung wie für integrative Lerngruppen vorzusehen: Förderschüler/innen**



**bringen neben dem förderspezifischen Förderlehreranteil jeweils ein Zehntelstelle mit in die Regelschule ein.**

Da offensichtlich bei der Umsetzung des dringenden Anliegens der Inklusion die hinreichende Finanzierung ein Hauptproblem ist, erscheint es uns unverständlich, dass die teure Doppelstruktur von Förderschulen und Regelschulen für die Beschulung des größten Teils der Förderschüler/innen bestehen bleibt.

Unklar ist, wie künftig Förderbedarfe und davon abhängig Stellenbedarfe ermittelt werden sollen. Wenn künftig die Schule nicht mehr die Feststellung von Förderbedarf beantragen kann, muss befürchtet werden, dass so der Bedarf auf kaltem Wege gekürzt werden soll. Wenn Eltern nicht bereit oder nicht in der Lage sind, Förderbedarfe ihrer Kinder zu sehen, muss die Schule im Interesse der Kinder initiativ werden: im emotional-sozialen Förderbereich wurde bisher zu 80 % die Feststellung durch die jeweiligen Schulen beantragt, die so im Interesse des Kindes handelten! **Die GGG NRW erneuert in diesem Zusammenhang die Forderung nach der Entwicklung eines schulscharfen Sozialindexes zur Gewichtung der Schülerzahlen bei der Stellenberechnung.** Daneben fordern wir eine systemische Diagnostik auf der Ebene der Einzelschule für alle Schüler/innen, um die individuellen Förderbedarfe für alle Schüler/innen feststellen zu können. So wird zum einen individuelle Förderung in der Breite Realität und es gibt keine negativen Etikettierungen.

Nicht erkennbar ist, wie der Anspruch der Einbeziehung aller Schulformen umgesetzt werden soll. Der für alle Schulen am schwierigsten umzusetzende Bereich ist die Förderung mit „emotional-sozialem“ Schwerpunkt. Schüler/innen mit diesem Förderbedarf erhalten in der Grundschule in der Regel die Empfehlung für die Schulform Haupt- oder Realschule. Es ist aber nicht vertretbar, dass die weiterführende Schule mit dem größten Schüleranteil, das Gymnasium, nicht auch in diesem Bereich einen angemessenen Beitrag leistet.

Um den personellen Bedarf für eine gelingende Inklusion decken zu können, wäre es eine Möglichkeit, dass sich **alle** Schulen wenigstens indirekt an der gemeinsamen Aufgabe der Inklusion beteiligen. Warum sollen nicht Schulen, die an der Inklusionsarbeit nicht direkt mitwirken, durch einen stellentechnischen **Inklusionssoli** die Möglichkeit haben, sich zumindest auf diese Weise einzubringen?! **Die GGG NRW fordert insgesamt Rahmenbedingungen, die die Akzeptanz der Arbeit für ein inklusives Schulwesen erhöhen.**

BEHREND HEEREN

## SCHLESWIG-HOLSTEIN

Das herausgehobene Ereignis der letzten Wochen war der Gewinn des Deutschen Schulpreises durch die Anne-Frank-Gemeinschaftsschule Bargteheide. Wir freuen uns mit der Schule und gratulieren recht herzlich. Damit wird eine Schule gewürdigt, die seit 1991 im Rahmen der Gesamtschularbeit ununterbrochen daran gearbeitet hat, das Prinzip des gemeinsamen Lernens und des Miteinander erfolgreich in die schulische Praxis umzusetzen.

Die anderen ehemaligen Gesamtschulen in Schleswig-Holstein, die ja jetzt Gemeinschaftsschulen sind, fühlen sich damit auch bestätigt. Sie werden ihre Arbeit auch weiter fortsetzen mit dem Ziel, irgendwann einmal alle Schulen zu Schulen des gemeinsamen Lernens zu machen.

Inzwischen ist ein großer Teil weiterer Schulen Gemeinschaftsschule, aber der Anteil des gemeinsamen Lernens ist noch ausbaufähig. Das gegliederte Schulwesen steckt immer noch in zu vielen Köpfen. Kleine Fortschritte gibt es: Im Kabinettsentwurf für das neue Schulgesetz gibt es die Begriffe „Hauptschule“ und „Realschule“ nicht mehr. Außerdem redet man nicht mehr von „gymnasialen“ Oberstufen, sondern nur noch von Oberstufen. Man sieht, der Fortschritt ist eine Schnecke.

Erfreulich ist es, dass das Ministerium 9 weiteren Gemeinschaftsschulen eine Oberstufe genehmigt hat. Damit ist dann ungefähr jede fünfte Gemeinschaftsschule eine Schule von 5 – 13.

Die Umwandlung der Regionalschulen in Gemeinschaftsschulen ist ebenfalls im Gesetzentwurf enthalten. Einen Sonderfall bilden die 5 Gymnasien mit Regionalschulenteil. Diese werden die einmalige Konstruktion von Gymnasien mit Gemeinschaftsschulenteil erhalten. Die GGG muss dabei sehr darauf achten, dass das nicht zum Etikettenschwindel wird – Gymnasium mit Gemeinschaftsschulenteil (im Gemeinschaftsschulenteil stecken aber lediglich die Berufsbildungsreife und der mittlere Abschluss).

### Die Bildungskonferenz geht weiter

Inzwischen haben weitere Arbeitsgruppen getagt. Im Schwerpunkt für uns liegt naturgemäß die Arbeit der GGG, auch in den Verordnungen das gemeinsame Lernen als Leitmotiv durchzusetzen. Das ist nicht immer einfach, zumal zwei Abteilungen des Ministeriums mit durchaus unterschiedlichen Vorstellungen daran beteiligt sind.

### Lehrerbildung

Bisher wird von der Ministerin ein Modell favorisiert, welches ein Grundschullehramt und eine Sek I/II- Ausbildung vorsieht. Dagegen gibt es natürlich heftigen Widerstand. Es wird spannend sein, wie die Diskussion weiter verläuft und ob endlich die Benachteiligung der Nicht-Gymnasiallehrkräfte beendet wird. Die Presseverlautbarung hier im Auszug:

Klar sei bereits, dass es in Schleswig-Holstein zukünftig Primarstufen- und Sekundarlehrer/innen geben werde sowie den Schwerpunkt *Inklusion*.

Die Universität Kiel wird Sekundarlehrer/innen ausbilden, die nach ihrem Examen in den Jahrgängen 5 bis 12/13 sowohl an der Gemeinschaftsschule wie am Gymnasium einsetzbar seien. Dabei werde das hohe fachwissenschaftliche Niveau der Kieler Ausbildung erhalten bleiben und die didaktisch-pädagogischen Anteile sowie der Praxisbezug gestärkt werden, betonte der Staatssekretär und fügte hinzu, dass zukünftig auch die Universität Flensburg in einer Reihe von Fächern Sekundarlehrer für die Jahrgänge 5 bis 12/13 ausbilden werde. In Flensburg werde es darüber hinaus einen Studiengang für Sekundarlehrer geben, die ausschließlich in den Jahrgängen 5 bis 10 einsetzbar seien sowie eine Ausbildung für Primarlehrer. „Ich freue mich, dass die Gespräche mit beiden Hochschulen in so konstruktiver und sachlicher Atmosphäre stattfinden“, sagte Fischer (Wissenschaftsstaatssekretär).

Durch diese Äußerungen ist wieder klar geworden, dass die herausgehobene Stellung der Gymnasiallehrer weiter erhalten bleiben wird. Man darf gespannt sein.

Immer noch das alte Thema: Das Verhältnis zwischen den Gemeinschaftsschulen mit gymnasialer Oberstufe (die alten Gesamtschulen) und den Gemeinschaftsschulen ohne gymnasiale Oberstufe. Die ersteren gehören zudem zu einer anderen Abteilung im Ministerium, zu der auch die Gymnasien gehören und sind schulaufsichtlich auch dem Ministerium unterstellt. Die Gemeinschaftsschulen ohne Oberstufe sind den jeweiligen Kreisschulämtern unterstellt. Das sind andere Diskussionskulturen.

KLAUS MANGOLD

## SAARLAND

Die bevorstehenden Vorstandswahlen (Ende Oktober/Anfang März) werden zum einen die Kontinuität der Arbeit in den Personen bestätigen, zum anderen wird deutlich werden, dass es dem Landesverband bedrückend an jungen, engagierten Mitgliedern mangelt, die die Aufgaben in nicht zu ferner Zukunft übernehmen können. Die Beratungen über diese Situationen müssen intensiviert werden. Ursächlich für diesen Mangel sind sicher nicht die Aktivitäten des Landesvorstandes:

Gemeinsam mit der Arbeitskammer, der GEW-Saarland und in Kooperation mit der Landeselterninitiative für Bildung wurden drei Hefte IMPULSE herausgegeben, denen jeweils ein öffentlicher Vortrag vorausging:

- Klaus-Jürgen Tillmann, *Perspektiven der Gemeinschaftsschule im Saarland*. (Leider musste der Vortrag abgesagt werden.)
- Botho Priebe, *Unterwegs zum gemeinsamen Lernen in der Gemeinschaftsschule*.
- Ulrich Steffens, *Die Hattie-Studie*.

In Vorbereitung ist eine umfangreichere Arbeit: Thorsten Hartmann, Erfolgsfaktor Gespräch.

Auch aus der gemeinsam mit der Hochschule für Technik und Wirtschaft und den anderen Partner am 13.09.2013 durchgeführten Fachtagung *Soziale Arbeit im Kontext von Schule* wird aus dem Vortrag von Prof. Dr. Ulrich Deinet, *Schulsozialarbeiter und Lehrer – Kooperationspartner für einen kommunalen Bildungsraum* ein weiteres Heft hervorgehen.

Da weitere Veranstaltungen ins Auge gefasst sind, wird die Reihe fortgesetzt.

Alle Hefte können bestellt werden bei: Geschäftsstelle GGG-Saarland, Robert-Koch-Straße 28c, 66125 Saarbrücken bzw. [klauswinkel@ymail.com](mailto:klauswinkel@ymail.com).

Die GGG-Saarland begleitet die Einführung der Gemeinschaftsschule und nimmt zu den dazu vorgesehenen gesetzlichen Veränderungen Stellung. Zuletzt zu

**Änderung der Verordnung über die Festlegung der Werte für die Klassen-, Gruppen- und Kursbildung und über die Schüler-Lehrer-Relation.** Darin wird gefordert:

„Die Gemeinschaftsschulen nehmen alle Schülerinnen und Schüler auf. Sie arbeiten sehr bewusst mit einer heterogenen Schülerschaft. Das bedeutet aber auch, dass der Anteil der Kinder und Jugendlichen, die längere und schwierige Lernwege haben, die ihre Probleme im familiären, sozialen und persönlich-emotionalen Bereich in die Schule tragen, der Kinder und Jugendlichen mit nicht ausreichender Sprachkompetenz und/oder Migrationshintergrund in dieser Schulform überproportional groß ist. Deshalb ist es nötig, Ressourcen Aufgaben angemessen zu verteilen.

Damit die Gemeinschaftsschulen inklusiv und Defizite ausgleichend arbeiten können, fordert die GGG:

- eine Höchstzahl von 25 Schülerinnen und Schülern pro Klasse und Kurs in Klassenstufe 5–10 (außer G-Kurs 7–9)
  - eine Höchstzahl von 23 Schülerinnen und Schülern im G-Kurs 7–9
- Für die auslaufenden Gesamtschulen und Erweiterten Realschulen soll die Regelung entsprechend gelten.“

Die GGG-Saarland muss feststellen, dass dem Anspruch unseres Verbandes, dass Kinder und Jugendliche aus bildungsfernen Schichten auf ihrem Weg zur Bildung mehr Unterstützung erhalten müssen als jene, die von früher Kindheit mit einer Fülle von Anregungen konfrontiert sind, nicht wirklich genüge getan wird. Diese Auseinandersetzung wird auf allen Ebenen und mit vielen Partnern weiter geführt. Ein Schwerpunkt wird in diesem Zusammenhang in der auf die Kooperation Jugendhilfe und Schule gelegt werden. Ein Gespräch mit Herrn Minister Commercon (SPD) ist nach den Sommerferien zugesagt.

Unbeschadet dieser Bemühungen wird das erfolgreiche Projekt, Jugendliche zu unterstützen, in Schule und anderswo ihre Interessen einzubringen, verstärkt fortgeführt.

KLAUS WINKEL



## ELTERN-GLOSSE

## Klopstock und Hölderlin

**Erna Klopstock, pragmatische und erfahrene Mutter zweier schulpflichtiger Kinder, und Julia Hölderlin, junge Mutter, der das alles noch bevorsteht, sind Nachbarinnen und treffen sich öfter mal zufällig. So wie heute beim Frauenarzt.**

**Erna:** Hallo Julia, du hier, das ist ja ein Zufall, alles klar bei dir?

**Julia:** Hallo Erna, ja, alles klar, also, du weißt doch, wir wollen doch noch ein zweites Kind.

**Erna:** Und, ist es schon so weit?

**Julia:** Vielleicht, ich glaub schon ... übrigens, ich bin gleich dran. Und bei dir?

**Erna:** Damit sind Rüdiger und ich längst durch, da werden wir eher Oma und Opa.

**Julia:** Übertreib mal nicht, Jan ist doch gerade mal 16.

**Erna:** Und frisch verliebt. Wiebke heißt sie, ganz nett, und die hat Power.

**Julia:** Na ja, Jan aber auch.

**Erna:** Wem sagst du das.

**Julia:** Wieder mal Ärger in der Schule?

**Erna:** Ja, ist fast den ganzen Tag nur noch im Trainingsraum.

**Julia:** Ach so, verstehe, Fitnessstudio, und schwänzt er deswegen?

**Erna:** Du verstehst gar nix, Trainingsraum ist ein neues Konzept, das ham die seit diesem Schuljahr. Da schicken die Lehrer die Störer hin, weil sie ein Recht auf ungestörten Unterricht hätten, haben sie jedenfalls beim Elternabend gesagt.

**Julia:** Also, ich hab auch immer unter den Störern gelitten, jedenfalls bei den Lehrern, die sich nicht durchsetzen konnten.

**Erna:** Davon scheints ne Menge zu geben. Jan sagt, mit den vernünftigen Lehrern gibts nie Probleme, nur mit den gestörten. Und Rüdiger gibt ihm auch noch recht, bei ihm wär das genauso gewesen. Nicht die Schüler gehören in den Trainingsraum, sagt er, sondern die Lehrer in Therapie, oder wenigstens in Zwangsupervision.

**Julia:** Supervision gehört doch bei jedem Beruf dazu, jedenfalls wenn man mit Menschen zu tun hat.

**Erna:** Genau, sagt Rüdiger auch. Aber Schule ist halt Schule. Jan ist jedenfalls mehr im Trai-

ningsraum, als im Unterricht. Er sagt, das wär für ihn ein geiles Konzept, wenn er keinen Bock hat auf Scheißunterricht, macht er Feetz, und ab in den Trainingsraum. Und zu den Lehrern, was ihm Spaß macht, geht er halt wieder hin.

**Julia:** Ja, geht das denn so einfach?

**Erna:** Das wär ganz easy, sagt er, er muss nur mit dem Sozialarbeiter so einen Rückkehrplan machen, ja, Rückkehrplan, so heißt das.

**Julia:** Wie?

**Erna:** Ja, eben aufschreiben, was los war und gegen welche Regel er verstoßen hat. Aber, du kennst ja Jan, der weiß genau, was die hörn wollen. Und jetzt ist er fast nur noch da. Die nutzen das total aus, er und Wiebke.

**Julia:** Wie?

**Erna:** Also, Wiebke ist zwei Klassen unter ihm, und jetzt treffen sie sich halt regelmäßig im Trainingsraum und knutschen.

**Julia:** Sagt Jan.

**Erna:** Nein, sagt Wiebke.

**Julia:** Und, was sagt der Sozialarbeiter?

**Erna:** Rüdiger hat sich mal mit ihm unterhalten, der ist nicht so begeistert von dem Konzept. Konflikte könnte man nicht kontextunabhängig lösen, oder so ähnlich, und manchmal wüsste man nicht, wer sich kindischer verhält, die Lehrer oder die Schüler.

**Julia:** Mir scheint, das ist noch ein bisschen unausgegoren, das Konzept?

**Erna:** Ja, jedenfalls ist das bequem für die zwei, Wiebke muss regelmäßig hin, Antiaggressionstraining, und dann weiß Jan genau ...

**Julia:** Antiaggressionstraining?

**Erna:** Ja, weil sie einem Jungen eine geballert hat, der hat keine Ruhe gegeben und sie ständig begripscht und irgendwann hat es ihr gereicht.

**Julia:** Und dann?

**Erna:** Sie musste zum Schulleiter. Und der hat gemeint, dass an seiner Schule nicht geschlagen wird.

**Julia:** Ist aber doch eigentlich okay, oder?

**Erna:** Also, in dem Fall? Und außerdem hätte er noch gesagt, sagt Wiebke, noch schlimmer, als ein Junge, der schlägt, sind Mädchen, die schlagen.

**Julia:** Du, ich glaub, ich bin dran ...

**Erna:** Ja gut, ich drück dir die Daumen, meld dich mal, wenn du was weißt.

MICHAEL HÜTTENBERGER  
nach wahren Begebenheiten  
aus dem realen Elternleben

## TERMINE

**16.09. bis 17.09.2013**

GGG-NI in Koop mit dem ARPM  
„Teamarbeit in der Schulleitung“  
Region Lüneburg, Rastede

**23.09. bis 24.09.2013**

GGG-NI in Koop mit dem ARPM  
„Teamarbeit in der Schulleitung“  
Region Osnabrück, Rastede

**28.09. bis 01.10.2013**

GGG-HE  
Klausur im Institut Beatenberg

**21.10. bis 22.10.2013**

GGG-NI in Koop mit dem ARPM  
„Teamarbeit in der Schulleitung“  
Region Hannover, Goslar

**22.11. bis 23.11.2013**

GGG-Bundeskongress  
Mitgliederversammlung  
Laborschule Bielefeld

**17. bis 18.01.2014**

GGG-Bundesvorstand, Göttingen

**25. bis 29.03.2014**

didacta, Stuttgart

**17. bis 19.02.2014**

GGG-BE  
Berliner Schulbesuchstage 2014

# GGG

*Journal*

Gemeinnützige Gesellschaft Gesamtschule  
Verband für Schulen des gemeinsamen Lernens e.V.

## KOMMENTAR



### Wer zur Wahl geht, hat die Qual

Wer sich in diesen Tagen selbst die Sonntagsfrage stellt und die Demoskopiewerte anschaut, dem wird klar, dass alles klar zu sein scheint. Und allen, denen der Sinn nach Veränderung steht, müsste die Lust am Wählen vergehen.

„Die schlechteste Bundesregierung seit 1949“, lautet das Urteil des Westerwelle-Vorgängers im Amt des Außenministers, Frank-Walter Steinmeier, und eine Mehrheit des Wahlvolks würde ihm nicht einmal widersprechen, sondern ihn lieber als Nachfolger seines Nachfolgers sehen.

Dennoch, diese Regierung wird wohl weiter machen dürfen: mit über 40% liegt die CDU so weit vorne, dass es sich einige ihrer Wähler/innen leisten werden, ihre Stimme der FDP zu leihen, damit diese die 5%-Hürde nimmt, vor der die zwischenzeitliche Fast-Drei-Prozent-Partei derzeit Auge in Auge steht.

Unfassbare 5% – wer hätte das gedacht, geschweige denn es sich gewünscht, angesichts dieses weinseligen Brüderles und seines spezifischen Verhaltens gegenüber Frauen und jenes schlitzohrigen Vizekanzlers, dessen Froschmetapher wahrscheinlich niemand jemals wirklich verstanden hat, seitdem er seinerzeit als Vorsitzender ins heiße Wasser gesprungen ist.

Die SPD liegt bei stabilen 25%, der Kandidat zeigt sich entschlossen und sinniert über noch größere Distanz zum Wahlvolk – nach zwei Amtsperioden als Kanzler, die es aber niemals geben wird. Denn Bündnis 90/DIE GRÜNEN kommen über ein Dutzend Pro-

zentpunkte nicht hinaus, DIE LINKE bleibt bei ihren Prognosewerten wenigstens noch als Mehrheitsverhinderer zu beachten und bei den Piraten ist seit längerem schon alles klar zum Kentern.

Kanzlerin Mutti ist mit ihren weichen Konturen um Dimensionen beliebter als ihr scharkantiger Herausforderer, fast zwei Drittel der bundesrepublikanischen Wähler/innen hätten sie lieber als Regierungschefin. Und in Bayern? Da hat man schon alles eine Woche hinter sich, wenn es im Bund richtig rund geht. Die SPD wird es dank Ude über 20% schaffen, die CSU die absolute Mehrheit holen, weil die FDP die 5% nicht schafft, denn in der bayerischen Politik kennt man keine Verwandten.

Doch wenigstens Hessen könnte ein Lichtblick werden: vielleicht hat sich der ausgebouffierte Kochnachfolger Volker ja verspekuliert, als er seine Landestwahl mit Muttis Wiederwahltag zusammen gelegt hat. Vielleicht lassen es die Wähler/innen ja mit einem Mutti-Kreuz genug sein und wählen Tarek oder TSG. Da könnte es am Wahlabend des 22.09.2013 am Tatort Hessen spannender werden als in einem Krimi. Und Rot-Grün könnte das gemeinsame Lernen in Hessen entscheidend voranbringen. Dann wäre auch die Gesamtsituation nicht mehr ganz so quälend. Und 2013 unterm Strich gar kein so schlechtes Wahljahr.

EMIL C. KELLER

## IMPRESSUM

### GGG-Journal

Redaktion:

Dr. Ingrid Ahlring, Ursula Helmke,  
Dr. Christa Lohmann, Wolfgang Vogel  
(Koordination), Dr. Michael Hüttenberger  
(v.i.S.d.P.) Hauptstraße 8, 26427  
Stedesdorf

Vertrieb: GGG-Bundesgeschäftsstelle,  
Hauptstr. 8, 26427 Stedesdorf,

E-Mail: [geschaeftsstelle@ggg-bund.de](mailto:geschaeftsstelle@ggg-bund.de)  
Web: [www.ggg-bund.de](http://www.ggg-bund.de)

Das GGG-Journal erscheint vierteljährlich. Der Abonnementpreis beträgt jährlich € 17,- (einschließlich Versand). Der Einzelpreis des Heftes von € 5,- ist für GGG-Mitglieder im Mitgliedsbeitrag enthalten.

Auflage: 4.000 Exemplare

Druck: Druckwerkstatt Kollektiv,  
Darmstadt-Arheilgen

Layout: [www.gramm-design.de](http://www.gramm-design.de)  
Umbruch/Herstellung: Waso Koulis  
Korrektorat: Armin Steigenberger

**Nächste Ausgabe: 01.12.2013**

**Redaktionsschluss: 20.10.2013**